

# Recht und Politik

Zeitschrift für deutsche und europäische Rechtspolitik

Redaktion

Hendrik Wassermann

Heiko Holste

Robert Chr. van Ooyen

57. Jahrgang · 2021



**Duncker & Humblot · Berlin**

# Recht und Politik

## Zeitschrift für deutsche und europäische Rechtspolitik

Internet: [www.rup-online.eu](http://www.rup-online.eu)

Begründet von Dr. jur. h. c. Rudolf Wassermann (1925 – 2008)

**Redaktion:** Hendrik Wassermann (verantwortlich), Dr. Heiko Holste und Prof. Dr. Robert Chr. van Ooyen.

**Korrespondentin und Korrespondenten:** Dr. Garonne Bejak (Brüssel), Dr. Christian Busse (Bonn), David Löffler (Innsbruck), Dr. Manfred H. Wiegandt (Wareham, Mass./USA).

**Erreichbarkeit der Redaktion:** Hendrik Wassermann, Tel.: 0176 54 82 43 83, E-Mail: [rechtundpolitik@gmx.de](mailto:rechtundpolitik@gmx.de).

**Urheber- und Verlagsrechte:** Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, welcher Art auch immer, außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes bedarf der Zustimmung des Verlages. Das gilt auch für Übertragungen in eine von Maschinen, insbes. Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache.

**Manuskripte:** Eine Haftung für unverlangt eingereichte Manuskripte wird nicht übernommen. Eine Rückgabe erfolgt nur, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Einreichung des Manuskripts stellt ein Angebot an Verlag und Redaktion zur Übertragung des ausschließlichen Verlagsrechts für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts dar. Die Annahmeerklärung kann förmlich erfolgen, sie kann aber auch implizit durch Abdruck des Manuskripts ausgesprochen werden. Das übertragene Verlagsrecht schließt auch die Befugnisse zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie zu weiteren Vervielfältigungen zu gewerblichen Zwecken in jedem möglichen Verfahren ein. Dem Autor verbleibt die Befugnis, nach Ablauf eines Jahres anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung zu erteilen; ein eventuelles Honorar hieraus steht dem Autor zu.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich im Gesamtvolumen von ca. 440 Seiten als Print- und Online-Ausgabe. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 199,00 für Institutionen (Print inkl. Online-Zugang oder E-Only für eine unbegrenzte Nutzerzahl an einem Standort) und € 69,90 für Privatpersonen (Print inkl. personengebundenem Online-Zugang). Studenten gewähren wir gegen Vorlage eines Nachweises eine Ermäßigung von 25 % auf den Abonnementpreis für Privatpersonen. Einzelhefte (ohne Online-Zugang) kosten € 39,90. Alle Preisangaben sind unverbindliche Preisempfehlungen und verstehen sich zzgl. Versandkosten.

Bestellungen können über jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden. Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Einzelne Artikel werden unter <https://elibrary.duncker-humboldt.com/zeitschriften/rup> (ab Jg. 2017) zum Download angeboten.

Weitere Hinweise zur Zeitschrift finden Sie unter: [www.duncker-humboldt.de/zeitschriften/rup](http://www.duncker-humboldt.de/zeitschriften/rup)

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, 12165 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 79 00 06-0 · Telefax: +49 (0)30 / 79 00 06-31

[www.duncker-humboldt.de](http://www.duncker-humboldt.de)

Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach

ISSN 0344-7871 (Print-Ausgabe)/ISSN 2366-6757 (Online-Ausgabe)

## Inhalt 57. Jahrgang • 2021

---

DAS AKTUELLE THEMA	
Verfassungswidriges Wahlrecht? Warum die Freien Demokraten zusammen mit Linken und Grünen gegen das neue Wahlrecht klagen <i>Marco Buschmann</i>	135
Stärkung des Parlaments? Das Bundesverfassungsgericht als Hüter eines klassischen Parlamentarismusverständnisses <i>Astrid Kuhn</i>	273
Polen wendet sich gegen europäisches Recht. Zum Umbau der Staatsstrukturen in Polen <i>Sergey Lagodinsky</i>	411
Neue Impulse für die Rechtsstaatlichkeit in der EU <i>Didier Reynders</i>	1
SCHWERPUNKT CORONA-PANDEMIE	
Handlungsfähigkeit des Föderalismus in der Pandemie. Überlegungen zur Kompetenzverteilung anlässlich der ‚Bundesnotbremse‘ <i>Nathalie Behnke</i>	369
Krisendemokratie. Österreichbericht <i>Tamara Ebs</i>	468
Keine Frage eines Privilegs – zum Umgang mit Geimpften <i>Johannes Fechner</i>	164
Demokratie perdu? Fünf verfassungsrechtliche Anmerkungen zur gegenwärtigen Corona-Krise <i>Anna-Bettina Kaiser</i>	7
Die COVID-19-Pandemie – experimentelles Handeln unter Ungewissheitsbedingungen. Rechtliche und rechtspolitische Herausforderungen <i>Karl-Heinz Ladeur</i>	144
Beweislastumkehr und Verfassungsrecht. Zum Homeoffice-Angebot des Arbeitgebers in der Pandemie <i>Anna Leisner-Egensperger</i>	173
Notstandsföderalismus. Ausgewählte verfassungsrechtliche Regelungen der Bundesländer im Notstandsfall <i>Matthias Lemke</i>	16
Das Gesetz zur „Bundes-Notbremse“ in der Corona-Pandemie <i>Johannes Lichdi</i>	169

Neue Maßstäbe in der Pandemie der Ungeimpften: Krankenhausaufnahmen und Fragerecht nach dem Serostatus. Zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes vom September 2021 <i>Johannes Lichdi</i>	464
Schulpräsenzpflicht in der Corona-Pandemie am Beispiel Sachsens. Gesetzgebung und Schutzpflicht für Gesundheit <i>Johannes Lichdi</i>	352

---

SCHWERPUNKT: DER BESCHLUSS  
DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS  
ZUM KLIMAGESETZ

---

Grenzenlose Schutzpflichten im Klimaschutz-Beschluss? Zur Erweiterung der Legitimationsbasis für staatliche Grundrechtseingriffe durch das Bundesverfassungsgericht <i>Martin H. W. Möllers</i>	284
Klimaschutz vor dem Bundesverfassungsgericht. Zur Klimaschutz-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 <i>Thomas Gawron</i>	291
Die Erkenntnisdimension im Klimaschutzbeschluss des BVerfG <i>Klaus Ferdinand Gärditz</i>	308

---

AUFsätze

---

Ist der Internationale Strafgerichtshof für Palästina zuständig? <i>Aziz Epik</i>	444
Völkerrecht unter Stress <i>Michael Fuchs</i>	39
EZB-Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Neue Hindernisse für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion? <i>Bodo Herzog</i>	26
Indirekte Formalisierung von Koalitionsverhandlungen durch Parteisatzungen <i>Oliver Kannenberg</i>	415
Das Wahlminderalter in Art. 38 Abs. 2 GG und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlrechtsausschluss <i>Joshua Moir und Noah Drautzburg</i>	198
Immer wortreicher, immer besser? Zum Ressortzuschnitt in den Ländern <i>Ursula Münch</i>	320
70 Jahre „Hüter der Verfassung“: alles Gute! – und alles gut? Demokratie(theorie)-Defizite und staatsrechtliche Mottenkisten, Biedermeieridyll und machtpolitische Entgrenzungen als Reformbedarfe des Bundesverfassungsgerichts <i>Robert Chr. van Ooyen</i>	428
Filter Bubbles als Gefahr für die Demokratie <i>Hendrik Overkamp und Barbara Sandfuchs</i>	212
Antisemitismus zwischen Tat und Straftat. Zur Dunkelfelderhellung am Beispiel des Berliner Modells der Antisemitismusbekämpfung <i>Samuel Salzborn</i>	221

Max Weber als Rechtssoziologe und politischer Soziologe <i>Hubert Treiber</i>	46
NS-Recht im Gegenwartsdiskurs der Legislative. Anmerkungen zum zeitrechtsgeschichtlichen Kernbereich der Neufassung des öffentlich-rechtlichen Namensänderungsgesetzes <i>Michael Wagner-Kern</i>	331
Plädoyer für eine grundrechtsorientierte Evaluation von Sicherheitsgesetzen <i>Dieter Weingärtner</i>	343

---

STANDPUNKT

---

An Wahlabenden... <i>Eckhard Jesse</i>	381
Kinderrechte im Grundgesetz: ein bemerkenswerter Kompromiss! <i>Gregor Kirchhof</i>	63
Das „Immunsystem“ reagiert gereizt: Corona-Proteste und Verfassungsschutz <i>Horst Meier</i>	192

---

JURIST IM PORTRÄT

---

Max Frank I (1870–1933) – Einer der „großen Verteidiger im Reich“ <i>Martin Schumacher</i>	67
Michael Stolleis (1941–2021) – ein charaktvoller europäischer (nicht nur) Rechtswissenschaftler <i>Manfred H. Wiegandt</i>	228

---

AUS DEM JUWISSBLOG

---

Recht vs. Technik: Zum Scheitern verurteilte Gesetzesinitiative zu § 362 StPO <i>Daria Bayer</i>	231
Der Klimaschutz-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts – eine erste Einschätzung <i>Nikolas Eisentraut</i>	316
Flügellose Demokratie. Das Verbot innerparteilicher Gliederungen als Minusmaßnahme zum Parteiverbot? <i>Jan Keesen</i>	77
Religiöse Symbole und Beamtenrecht – Zeit für einen Neustart <i>Rebekka Stadler</i>	478

---

GENDER UND RECHTSPOLITIK

---

Konzeption für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft <i>Isabell Hensel und Heide Pfarr</i>	235
Das Zweite Führungspositionen-Gesetz – Fortschritte für die Gleichstellung auch im öffentlichen Dienst <i>Stefanie Killinger und Anne Schettler</i>	82
CEDAW – Leerstellen im aktuellen Staatenbericht der Bundesregierung <i>Anne Pertsch</i>	482

Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten – eine Herausforderung für die nächste Bundesregierung <i>Anke Stelkens</i>	384
--	-----

---

RECHTSPOLITISCHE BERICHTE

---

Rechtspolitisches aus Europa <i>Garonne Bezjak</i>	85, 238, 387, 485
Europäische Rechtsprechung <i>David Löffler</i>	89, 242, 391, 489
Rechtspolitisches aus den USA <i>Manfred H. Wiegandt</i>	94, 247, 396, 494
Rechtspolitische Zeitschriftenumschau <i>Christian Busse</i>	99, 251, 400, 498

---

BESPRECHUNGSAUFSÄTZE

---

Verfassungswandel oder Verfassungsbruch? Das Bundesverfassungsgericht und die Auslandseinsätze der Bundeswehr <i>Robert Chr. van Ooyen</i>	122
Der Jahrhundertjurist. Thomas Olechowskis monumentale Kelsen-Biographie <i>Manfred H. Wiegandt</i>	104
Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland. Hedwig Richters idiosynkratische Geschichtserzählung <i>Manfred H. Wiegandt</i>	256

---

BUCHBESPRECHUNGEN

---

Fundierte Untersuchung zur Rechtsprechung des OLG Frankfurt/M. in Zivilsachen von 1933 bis 1945 <i>Hans-Ernst Böttcher</i>	405
Sicherheitsarchitektur oder Flickschusterei? Vorschlag zur Neuausrichtung der Verfassungsschutzämter <i>Christoph Gusy</i>	504
Goldstandard der Wahlrechts-Kommentierung <i>Heiko Holste</i>	508
Realitätsnaher Blick auf das Phänomen Clankriminalität <i>Andreas Schwegel</i>	127
Die erste Joe-Biden-Biographie auf dem deutschen Markt <i>Hendrik Wassermann</i>	130
Jüdische Juristen <i>Henrik Wassermann</i>	268
Sehr empfehlenswert: Michael Schumachers Dokumentation zur Ausbürgerung jüdischer Rechtsanwälte durch Nazi-Deutschland <i>Hendrik Wassermann</i>	511

---

NAMEN UND NACHRICHTEN

---

Berlin: „Der Polizeipräsident in Berlin“ wird „Polizei Berlin“	234
Berlin: Dritte grundlegende Reform des Polizeigesetzes (ASOG)	269
Berlin: Gesetz über die Modernisierung und Bereinigung von Justizgesetzen stockt	15
Berlin: Landesausschuss stellt zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei Bundestagswahl und Abgeordnetenhauswahl fest	463
Berlin: Noch immer kein Polizeibeauftragter	143
Berlin plant eine Migrantenquote von 35 Prozent für die Verwaltung	126
Berlin: Weitere Verzögerung bei der Schaffung des Bürger- und Polizeibeauftragten	513
Die CDU spricht von „parteilichter Verschleierungsträumeri“	98
EU beruft Anti-Rassismus-Beauftragte	386
EU leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein	390
EuGH – Urteil gegen Deutschland zur Luftverschmutzung	407
Magdeburg: Franziska Weidinger neue Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz	493
Mainz: Justizminister Herbert Mertins im Amt bestätigt	383
Neues Neutralitätsgesetz für Berlin: Justizsenator Behrendt will Kopftuch für Lehrerinnen erlauben	62
Stuttgart: Marion Gentges Ministerin der Justiz und für Migration	351
Veronika Keller-Engels neue Präsidentin des Bundesamts für Justiz	66
VGH Berlin: Änderungen am Berliner Wahlgesetz verfassungswidrig	191